

## **Vertraulicher Brief an alle, die sich vor der Unireform "prophylaktisch fürchten"**

Liebes Streikkomitee!

Was das heutige Koordinationstreffen an der Uni Wien ergeben hat weiß ich noch nicht aber jetzt wird es wohl darum gehen, den Druck auf die Regierung nicht zu reduzieren und gemeinsam Ideen zu sammeln, was sinnvoll gemacht werden kann.

Am 21. Mai soll die Regierungsvorlage beschlossen und dem Parlament zugeleitet werden, ca. eine Woche vorher muss sie das Ministerium fertiggestellt haben.

Was ich inzwischen weiß ist, dass die ersten Zusagen für Änderungen durch BM Gehrler, NR Brinek und NR Graf bereits im Hintergrund wieder jene konservativ-reaktionären Kräfte auf den Plan gerufen haben, die mit dem derzeitigen Entwurf sehr gut leben könnten, die von echter Mitbestimmung gar nicht viel halten und für die die Vorstellung nahezu unumschränkter Herrschaft über ein Institut und dessen MitarbeiterInnen (in guter Übereinstimmung mit Rektorenteam und Rat) sehr verlockend ist. Das nicht zu sehen wäre leichtsinnig.

Klar scheint mir auch, dass die FPÖ in der jetzigen Konstruktion des Rates an jeder Uni eine Vertrauensperson in einer wichtigen Position sitzen hat und das nicht so schnell und nicht freiwillig aufgeben wird. Da müsste der zu erwartende Schaden oder Nachteil, der dies aufwiegt, schon sehr groß sein.

Den größeren politischen Schaden hätte da wohl die ÖVP zu befürchten, weil sie an den Universitäten eine sehr große Wählerschaft zu verlieren hätte sodass mir hier auch der wichtigste Ansatzpunkt zu sein scheint - zumal klar deklarierte Gegner des derzeitigen Reformentwurfes aus der ÖVP (FCG) kommen.

Wir, die SPÖ, haben durch unser Verfassungsdrittel eine nicht unerhebliche Verhandlungsposition und werden diese auch nützen wobei wir die Knackpunkte (Mitbestimmung, Entscheidungsgremien unterhalb des Senats, Bestandsgarantie für die ÖH, kein direkter politischer Einfluss über den Unirat und Verlagerung von wichtigen Kompetenzen vom Rat auf den Senat usw.) mehrfach formuliert haben (vgl. die Themensammlung auf [www.spoe.at](http://www.spoe.at) und auf [www.forum-wissenschaft.at](http://www.forum-wissenschaft.at) ).

Unser Ziel ist nach wie vor eine Reform, die von einer Mehrheit der Betroffenen als positiv gesehen wird (alle waren es schon bisher selten) und da ein Unigesetz vom Parlament jedenfalls beschlossen werden

kann, möchten wir in den politischen Verhandlungen möglichst viel von den Forderungen aus dem Begutachtungsverfahren in den endgültigen Gesetzestext hineinbringen.

Aus unserer Sicht besteht KEINE Eile, das Gesetz muss nicht vor dem Sommer beschlossen werden. Die Regierung möchte es aber noch im Juli erledigen, ehe sie sich im Herbst in die Auflösungsphase begibt. Der Zeitplan mit zwei Sitzungen des Unterausschusses am 25. und 27. Juni wurde einvernehmlich festgelegt aber nicht weil Kurt Grünewald und ich keinen weiteren Diskussionsbedarf mehr gesehen hätten sondern weil die Regierungsmehrheit dieses Gesetz ursprünglich überhaupt mit einer Sitzung des Wissenschaftsausschusses erledigen wollte (was geschäftsordnungsmäßig möglich ist) und wir immerhin erreichen konnten, dass eine eintägige parlamentarische Enquete und die Einrichtung eines Unterausschusses mit eben diesen zwei Sitzungen akzeptiert wurde. Ob wir nach diesen beiden Sitzungen tatsächlich entscheidungsreif sein werden kann ich derzeit nicht beurteilen. Ich halte persönlich aber auch nichts davon, parlamentarische Mehrheiten mit Tricks zu blockieren weil das der Demokratie insgesamt noch nie gut getan hat.

Zumindest die ÖVP möchte das Gesetz nicht nur mit der FPÖ beschließen und der Verfassungsdienst und einige Verfassungsgutachten haben Bereiche aufgezählt bei denen die einfache parlamentarische Mehrheit sehr riskant ist und die eigentlich einer Verfassungsmehrheit bedürften. Dieses Druckmittel wie auch die parlamentarischen Instrumente werden wir einsetzen.

Zur Frage "wie weiter?" auch noch einige konkrete Überlegungen: Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an den Universitäten sind von einer Entwicklung bedroht, die andere Bereiche (Verstaatlichte, Post, Bahn, ATW ....) schon hinter sich haben. Der ÖGB-Vorsitzende Verzetnitsch hat am Streiktag seine Solidarität mit der Hochschullehrergewerkschaft bekundet und ich denke dass es guten Sinn macht, weiterhin mit den anderen Gewerkschaften und dem ÖGB insgesamt die Kontakte eng zu halten. Mir wurde berichtet dass einige Gewerkschaften gerne mit Delegationen am Streik vergangene Woche teilgenommen hätten, wenn sie umfassender eingebunden gewesen wären. Das ist jetzt Vergangenheit aber für die Zukunft hieße das, dass wir mit noch mehr Zuspruch rechnen können. Ich halte es auch für ein gutes Zeichen wenn sich Eisenbahner, Metaller oder Postler mit "ihren Universitäten" solidarisieren.

Ein weiteres Faktum ist, dass über das Gesetz die Abgeordneten abstimmen. Meist folgen sie dem, was ihre Regierungsmitglieder und die Bereichssprecher ihnen vorlegen aber wenn sie auf den diversen Ebenen, auch als lokale Abgeordnete, die an sich wenig mit Wissenschaftspolitik zu tun haben, auf ein Gesetzesvorhaben angesprochen (angeschrieben, zu Diskussionen eingeladen usw.) werden und deutliche Ablehnung erkennen, die sie am Wahltag auch als Bedrohung ihres Mandates sehen können, dann mischen sie sich in die Diskussion ein. D.h. da würde ich alle Möglichkeiten vor allem an den Universitätsstädten nutzen.

Die dritte Überlegung betrifft den öffentlichen Raum. Dort ist die Entscheidung noch offen und auch hier gibt es viele Möglichkeiten, sich einzubringen, sei dies direkt bei den Medien (Aussendungen, Leserbriefe, Anrufe in Sendungen etc.) oder bei öffentlichen Auftritten, Diskussionen von Regierungsvertretern (auch zu ganz anderen Themen - wo lässt sich nicht der Bezug zur Wissenschaft herstellen?), durch eigene Presseinformationen, -konferenzen etc. Besonders schmerzhaft für die Regierenden ist es, wenn sich Personen gegen die Reform aussprechen, die man mit dem Begriff "Weltklasse" verbindet (selbst wenn das anderen gegenüber ungerecht ist). Da denke ich beispielsweise an die Aussagen des Innsbrucker Transplantationschirurgen Univ.Prof. Margreiter auf der Titelseite der Unipress, die an tausende Haushalte gegangen ist und den großen Titel getragen hat "Ich bin dagegen". Ähnliches müsste sich doch auch an anderen Universitätsstädten machen lassen.

Im übrigen bin ich sehr froh darüber, dass die immer stärker werdende Lethargie ("da kann man ohnedies nichts mehr machen...") überwunden wurde und wenn jede(r) der von Ihnen Angeschriebenen ebenfalls einige Ideen beisteuert dann sollten wir doch erfolgreich sein.

Mit kollegialen Grüßen!

Erwin Niederwieser

SP-Wissenschaftssprecher

[www.forum-wissenschaft.at](http://www.forum-wissenschaft.at)